



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 6. Juni 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

34. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 5. Juni 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Innen- und Rechtsausschuss führte eine mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesverwaltungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes - Anpassung des manuellen Abrufs der Bestandsdaten nach dem Telekommunikationsgesetz an die verfassungsrechtlichen Vorgaben**, [Drucksache 18/713](#), durch. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Juni 2013 fortzusetzen und dem Landtag für das Juni-Plenum eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

Anschließend nahm er einen Bericht des Innenministeriums betr. **Erste Bilanz „Landeskonzept Einbruchdiebstahl-Wohnraum“** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Sodann nahm er einen Bericht des Ministeriums für Justiz, Kultur und Europa über die **Umsetzung eines Fahrverbots für kriminelle Rocker**, [Umdruck 18/1221](#), entgegen. Es schloss sich ebenfalls eine Diskussion an.

Der Ausschuss beschloss zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Staatsvertrag über die Übertragung von Aufgaben nach §§ 802 k Abs. 1 Satz 2, 882 h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungspunktals der Länder**, [Drucksache 18/834](#), schriftliche Stellungnahmen des ULD und der Interessenvertretung des Gerichtsvollzugswesens auf Bundesebene einzuholen.

Zum Antrag der Fraktion der PIRATEN **Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern**, [Drucksache 18/626](#), schloss sich der Innen- und Rechtsausschuss dem Verfahren des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Der Ausschuss kam überein zum Antrag der Fraktion der PIRATEN **Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen veröffentlichen**, [Drucksache 18/824](#), die Finanzministerin zum nächstmöglichen Termin um eine mündliche Stellungnahme im Ausschuss zu bitten.

In Bezug auf den Antrag der Fraktion der PIRATEN **Netzneutralität stärken**, [Drucksache 18/852](#), beschloss der Ausschuss, zum Aspekt der Netzneutralität einen interfraktionellen Antrag zu formulieren und darüber hinaus den Wirtschaftsausschuss zu bitten, sich mit dem Aspekt des Breitbandausbaus zu beschäftigen.

Zum **Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/555](#), kam der Ausschuss überein, dass die Fraktionen Fragen formulieren, die dem Innenministerium und dem ULD zur Berücksichtigung in deren Stellungnahmen zugeleitet werden sollen.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages**, [Drucksache 18/835](#), verschob der Ausschuss auf seine Sitzung am 12. Juni 2013 und nahm in Aussicht, dem Landtag für das Juni-Plenum eine Beschlussempfehlung vorzulegen.

Der Antrag der Fraktion der FDP, **Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten**, [Drucksache 18/821](#), wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss: 15:55 Uhr

gez. Dörte Schönfelder